



«Ich höre eigentlich nur Positives über die Schweiz»: Aussenminister Ignazio Cassis. Foto: Yvain Geneva

«Jetzt geht es darum, einen Weg in der OSZE zu finden – idealerweise mit Russland»

Ignazio Cassis im Interview Der Aussenminister sagt, was die Schweiz im UNO-Sicherheitsrat bewirkt, welche russischen Gelder für den Wiederaufbau der Ukraine verwendet werden könnten und ob er sich der Wiederwahl stellt.

Adrian Schmid und
Arthur Rutishauser

Herr Cassis, wie war es für Sie, als erster Schweizer Bundesrat eine Sitzung des UNO-Sicherheitsrates zu leiten?

Ich habe diese Aufgabe mit grosser Freude und Stolz ausgeführt. Es war ein wichtiger Tag für unser Land.

Wie kommen Sie darauf? Was kann die Schweiz als Präsidentin des Sicherheitsrates denn wirklich bewirken?

Die Schweiz kann zeigen, dass sie gewillt ist, in schwierigen Situationen Verantwortung zu übernehmen. Das ist auch eine Chance, die Reputation im Ausland zu stärken. Der UNO-Sicherheitsrat wurde geschaffen, um Frieden und Sicherheit auf der Welt zu wahren.

Zu glauben, die Schweiz könne in einem Monat die Welt befrieden, ist doch vermessen.

Wir müssen leider sagen, dass das Ziel, Frieden und Sicherheit zu wahren, nicht überall erreicht wurde. In Europa haben wir über Jahrzehnte eine friedliche Zeit erlebt, mit einigen Ausnahmen. Durch den Angriff Russlands auf die Ukraine hat sich das geändert. Im Rest der Welt ist es anders. Denken wir an Libyen, Afghanistan, Syrien, den Jemen oder den Sudan. In vielen Regionen gibt es Krieg und Konflikte.

Eben, der Sicherheitsrat ist wirkungslos.

Nein, denn wir wissen nicht, wie die Welt ohne die UNO und den Sicherheitsrat wäre. Wahrscheinlich wäre sie ein viel schlimme-

rer Ort.

Kann denn die Schweiz im Mai als UNO-Präsidentin wenigstens irgendwo eine Lösung herbeiführen?

Wir können nicht erwarten, dass die Welt nach diesem Monat eine andere ist. Aber wir haben in den ersten vier Monaten im Sicherheitsrat bereits einiges erreicht. **Zum Beispiel?**

Dank unserer Initiative wurde im Januar die grenzüberschreitende humanitäre Hilfe der UNO nach Syrien verlängert. Im Februar setzten wir uns nach dem Erdbeben in Syrien und der Türkei für rasche Hilfe ein. Und im Fall Ukraine konnte am Jahrestag des Kriegsausbruchs durch die Annahme einer Resolution ein deutliches Zeichen gesetzt werden.

Trotzdem ist ein Ende des Krieges weit weg. Wir haben keine Macht, und die Russen sehen uns nicht mehr als neutrales Land. Was kann die Schweiz im Fall Ukraine tun?

Wir sind bereit, zu jeder möglichen Lösung wie einem Waffenstillstand oder einem Friedensabkommen einen Beitrag zu leisten. In New York haben wir diese Woche drei Stunden darüber diskutiert, welche Rolle die OSZE einnehmen könnte, die Organisation für die Sicherheit und Kooperation in Europa.

Nach der Krim-Annektion 2014 spielte die OSZE unter ihrem Vorgänger Didier Burkhalter eine prominente Rolle. Jetzt ist

die OSZE tot und vergessen.

Falsch, die OSZE gibt es noch. Sie ist in 13 Ländern präsent und hat Verhandlungsmandate unter anderem für Berg-Karabach, Transnistrien oder Georgien. In der Ukraine hingegen ist ihre Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt. Das hängt mit Russland zusammen, das nach wie vor Teilnehmerstaat ist, mit dem Veto jedoch alles blockieren kann. Jetzt geht es darum, einen Weg zu finden, idealerweise mit Russland, damit die OSZE ihre Aufgabe auch in der Ukraine wieder wahrnehmen kann.

«Wahrscheinlich wäre die Welt ohne die UNO und den Sicherheitsrat ein viel schlimmerer Ort.»

Die Schweiz hatte 2014 den OSZE-Vorsitz und vermittelte erfolgreich zwischen der Ukraine und Russland. Kann die Schweiz wieder in eine solche Rolle schlüpfen?

Eigentlich sind wir nicht an der Reihe für den Vorsitz. Derzeit ist aber unklar, wer den OSZE-Vorsitz im nächsten Jahr übernehmen wird. Russland blockiert mit einer Ablehnung die Kandidatur

von Estland. Falls nötig, sind wir gerne bereit, eine aktive Rolle bei der Lösungssuche für den Vorsitz zu übernehmen.

Das Vetorecht ist auch im UNO-Sicherheitsrat ein Problem. Was kann die Schweiz dagegen unternehmen?

Die Vetorechte der ständigen Mitglieder schränken die Wirksamkeit ein. Mit Liechtenstein brachten wir vor einiger Zeit in der Generalversammlung eine Resolution durch, womit sich nun die Generalversammlung mit einem Konfliktfall befassen kann, wenn im Sicherheitsrat eine Vetomacht eine Lösung verunmöglicht. Von der Symbolik her war das ein wichtiger Schritt. **Nicht nur Russland, auch der Westen ist unzufrieden mit der Schweiz. Der US-Botschafter wirft uns vor, die Sanktionen nicht umzusetzen, und die G-7-Staaten haben mit einem Brief Druck auf die Schweiz gemacht. Was tun Sie?**

Ich höre eigentlich nur Positives über die Schweiz. Kürzlich war ich an einem Treffen der Weltbank in Washington und habe mit Vertretern der G-7-Staaten gesprochen. Alle haben unseren humanitären und finanziellen Einsatz für die Ukraine gewürdigt. Natürlich gab es Diskussionen über die Wiederausfuhr von in der Schweiz produzierten Waffen. Das ist Gegenstand von Diskussionen im Parlament. **Doch das Parlament ist nicht fähig, einen Kompromiss zu finden.**

Der Bundesrat hat bereits mehrfach gesagt, dass die vom Parlament beschlossenen Korrekturen des Kriegsmaterialgesetzes durch das Parlament rückgängig gemacht werden könnten.

Wie sieht es mit den still-

gelegten Leopard-2-Panzern der Schweizer Armee aus? Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats will den Weg frei machen, dass 25 Panzer ins Ausland geliefert werden können.

Das Parlament wird hier zweifelsfrei einen wichtigen Entscheid fällen. Der Bundesrat hat noch nicht Position bezogen. Er wird sich bald damit befassen.

Und was ist mit einer Lieferung nach Deutschland von 96 Leopard-1-Panzern, welche die Ruag in Italien lagert? Ihr Parteipräsident Thierry Burkart fordert das.

Der Bundesrat verfolgt die Diskussion im Parlament aufmerksam. Zu diesem Vorschlag hat er aber keine Aussprache geführt.

Ein anderes Thema ist, die in der Schweiz gesperrten Gelder von sanktionierten Russen für den Wiederaufbau der Ukraine zu verwenden. Wo stehen wir da?

Der Bundesrat hat festgestellt, dass dies rechtlich nicht möglich ist. In den meisten europäischen Ländern lassen die Gesetze solche Enteignungen nicht zu. In Brüssel und Washington wird jedoch weiterhin nach Lösungen gesucht, die mit dem Völkerrecht kompatibel sind. Es gilt aber zu beachten, dass die Eigentumsrechte zu den fundamentalen Pfeilern von liberalen Demokratien gehören.

Es gibt ja noch die Milliarden der russischen Zentralbank, die teilweise in der Schweiz liegen. Werden diese beschlagnahmt und für den Wiederaufbau verwendet?

Im Moment geht es in der Europäischen Union und der Schweiz darum, sich einen Überblick zu verschaffen. Eine Verwendung von staatlichen russischen Ver-

mögen scheint mir in der Tat der einfachere Weg zu sein, wobei es auch dazu noch weitere Abklärungen braucht. Die meisten Gelder sind aber nicht bei unseren Banken deponiert.

Wie viele Milliarden liegen denn in der Schweiz?

Aufgrund der Meldepflicht werden wir bald in der Lage sein, darüber informieren zu können.

Ueli Maurer war kürzlich in der chinesischen Botschaft zu Besuch. Darf das ein Alt-Bundesrat?

Ich kenne die Hintergründe dieses Besuchs nicht und kann mich deshalb nicht dazu äussern.

Roger Köppel, ebenfalls ein SVP-Mann und Parlamentarier, war kürzlich in Russland und hat Marija Lwowa-Belowa getroffen. Gegen sie liegt ein internationaler Haftbefehl vor, weil sie Kinder aus der Ukraine verschleppt haben soll. Was halten Sie von dieser Mission?

Ich habe von dieser Reise gehört. Roger Köppel ist ein gewählter Volksvertreter. Er kann tun und lassen, was er will. Er muss aber auch die Verantwortung dafür übernehmen.

«Roger Köppel ist ein gewählter Volksvertreter. Er kann tun und lassen, was er will.»

Sie wurden einst dank der Stimmen der SVP in den Bundesrat gewählt. Ist eine Zusammenarbeit aufgrund der China- und Russlandfreundlichen Tendenzen in

der SVP noch möglich?

Das Schweizer Parlament wird vom Volk gewählt, und der Bundesrat arbeitet mit allen Parteien zusammen. Das gehört zu seinem Auftrag.

Finden Sie wenigstens in der EU-Frage einen gemeinsamen Nenner mit der SVP?

Der Bundesrat hat im Februar 2022 einen Weg eingeschlagen, um die Voraussetzungen für neue bilaterale Verhandlungen mit der EU zu schaffen. Wir arbeiten hart daran, im Inland den nötigen Rückhalt zu erhalten – auch bei den Parteien.

Haben Sie die Gewerkschaften inzwischen im Boot?

Für die Gewerkschaften ist klar, dass die Löhne hierzulande geschützt bleiben müssen. Das will auch der Bundesrat. Da braucht es ein Entgegenkommen der EU und Vorschläge im Inland, damit das Schutzniveau erhalten werden kann.

Kommt das Verhandlungsmandat noch vor den Wahlen im Oktober?

Das hat der Bundesrat noch nicht entschieden. Er wird Ende Juni eine weitere Standortbestimmung vornehmen und über Eck-

werte für ein Verhandlungsmandat diskutieren. Dann wird er voraussichtlich über das weitere Vorgehen auch in Bezug auf den Fahrplan entscheiden.

Eine allfällige Einigung mit der EU könnten sie aber definitiv erst nach den Wahlen im Herbst erzielen. Werden Sie im Dezember zur Wiederwahl antreten?

Mein Job bereitet mir grosse Freude, und ich kann mittlerweile einiges an Erfahrung vorweisen. Ich stelle mich deshalb gerne für vier weitere Jahre zur Verfügung. Am Ende entscheidet jedoch das Parlament.